

Öffentliche Finanzen

Gebietskörperschaften

Entwicklung im dritten Quartal

Im dritten Quartal belief sich das Defizit der Gebietskörperschaften (ohne die Gemeinden, für die noch keine Angaben vorliegen) auf 16 ½ Mrd Euro beziehungsweise rund 32 Mrd DM. Das Ergebnis fiel damit etwas ungünstiger aus als im vergleichbaren Vorjahrszeitraum (27 Mrd DM). Ausschlaggebend hierfür war, daß die Ausgaben sehr stark – nämlich um 7 % – zunahmen. Dies war vor allem auf höhere Bundesleistungen an die Rentenversicherung und umfangreiche Zuführungen an die defizitären Postunterstützungskassen¹⁾ zurückzuführen. Auch die der Tarifierung im öffentlichen Dienst folgende Erhöhung der Bezüge für Beamte und Versorgungsempfänger, die im wesentlichen am 1. Juni in Kraft trat, ließ die Ausgaben kräftiger steigen als in den Vorquartalen. Das Einnahmewachstum blieb mit 5 % deutlich hinter diesem starken Anstieg der Ausgaben zurück. Retardierend wirkte hier der Rückgang der nicht-steuerlichen Einnahmen, während das Steueraufkommen erneut kräftig wuchs.

*Grund-
tendenzen*

Die Steuererträge waren im dritten Quartal insgesamt um 7 % höher als ein Jahr zuvor.²⁾ Zu dem starken Aufkommenswachstum trug weiterhin die steuerliche Verteuerung des

*Steuern
insgesamt*

¹ Die Postunterstützungskassen leisten die Versorgungsausgaben für die Beamten der ehemaligen Post und finanzierten sich in den Vorjahren durch Erträge aus den Beteiligungen des Bundes an den Post-Nachfolgeunternehmen sowie durch betragsmäßig fixierte Zuweisungen dieser Unternehmen.

² Einschließlich der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die noch nicht bekannten Erträge aus den Gemeindesteuern.

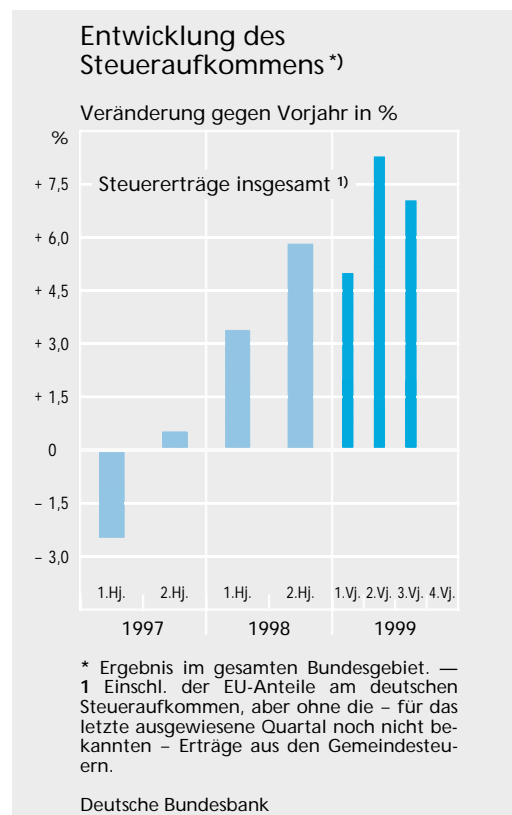
Energieverbrauchs durch die erste Stufe der „ökologischen Steuerreform“ bei; außerdem sind die Erträge aus der Umsatzsteuer und den Veranlagungssteuern kräftig gestiegen.

Indirekte
Steuern

Infolge der im April in Kraft getretenen Steuersatzerhöhungen auf Kraftstoffe, Heizöl und Erdgas hat die Mineralölsteuer im dritten Quartal gut 7% mehr als ein Jahr zuvor erbracht. Einschließlich der Erträge der neuen Stromsteuer sind die Einnahmen aus der speziellen Besteuerung des Energieverbrauchs sogar um 15% gewachsen. Zusammen mit der deutlichen Verteuerung der Mineralöl-erzeugnisse aufgrund der gestiegenen Rohölpreise dürfte dieser Faktor dazu beigetragen haben, daß die Umsatzsteuer mit einem Plus von gut 7% ebenfalls recht ergiebig war. Aufkommensteigernd wirkte sich hier außerdem aus, daß sich der Private Verbrauch zur Jahresmitte belebt hat und die steuerlich belasteten Investitionen des Staates und im Bereich des Wohnungsbaus aufwärts gerichtet waren. Im übrigen schlugen nun bei der Umsatzsteuer auch Mehreinnahmen aus dem Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 zu Buche.³⁾

Lohnsteuer

Unter den Einkommensteuern wuchs das Lohnsteueraufkommen nur um ½%. Dämpfend wirkten sich hier weiterhin die zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Maßnahmen aus, die eine Erhöhung des – zu Lasten der Lohnsteuer verbuchten – Kindergeldes sowie eine Anhebung des Grundfreibetrages und eine Senkung des Eingangssatzes der Einkommensteuer umfassen. Außerdem gingen von der Beschäftigungsentwicklung kaum positive Impulse auf die Entwicklung dieser



Steuer aus. Schließlich sind die Effektivverdienste offenbar in geringerem Maße als die Tarifverdienste gestiegen.

Bei der veranlagten Einkommensteuer gingen die Steuerzahlungen um rund 3 Mrd Euro oder 6 Mrd DM über die Erstattungen hinaus, womit sich das Ergebnis dieser statistischen „Restgröße“ gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit um gut zwei Drittel verbessert hat. Hierzu trugen sowohl höhere Nachzahlungen und stagnierende Steuererstattungen für frühere Jahre als auch gestiegene Steuervorauszahlungen bei. Die Erträge aus der Kör-

Gewinn-
abhängige
Steuern

³ Diese Mehreinnahmen ergeben sich aus der Einschränkung beziehungsweise Streichung des Vorsteuerabzugs bei Aufwendungen für nicht ausschließlich betrieblich genutzte Pkw, Verpflegungsmehraufwendungen sowie Reise- und Umzugskosten von Arbeitnehmern seit dem 1. April dieses Jahres.

Aufkommensentwicklung wichtiger Einzelsteuern

Steuerart	Aufkommen in			Ver- ände- rung gegen- über Vorjahr in %
	Mrd DM		Mrd Euro	
	1998	1999	1999	
	1. bis 3. Quartal			
Lohnsteuer	180,2	182,5	93,3	+ 1,2
Veranlagte Einkommensteuer	2,6	10,3	5,2	.
Körperschaftsteuer	24,2	32,3	16,5	+ 33,6
Umsatzsteuer	184,6	197,9	101,2	+ 7,2
	darunter: 3. Quartal			
Lohnsteuer	63,0	63,3	32,4	+ 0,5
Veranlagte Einkommensteuer	3,5	6,0	3,1	+ 70,5
Körperschaftsteuer	4,8	10,5	5,4	.
Umsatzsteuer	62,8	67,3	34,4	+ 7,2

Deutsche Bundesbank

perschaftsteuer haben sich sogar mehr als verdoppelt. Im dritten Quartal des vorigen Jahres waren sie allerdings besonders niedrig ausgefallen, weil damals einige bedeutende Unternehmen noch die bis Ende 1998 bestehende Möglichkeit genutzt hatten, früher gebildete Gewinnrücklagen steuermindernd auszukehren. Vor diesem Hintergrund haben auf der anderen Seite die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag – die vor allem die Kapitalertragsteuer auf Dividenden umfassen – im dritten Quartal rund ein Drittel weniger als ein Jahr zuvor erbracht. Das wesentlich aussagekräftigere zusammengefaßte Aufkommen der Körperschaftsteuer und der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag hat das entsprechende Vorjahrsergebnis um fast 17 % übertraffen. Hierin schlug sich vor allem die gün-

stige Gewinnentwicklung früherer Jahre nieder.

Das im Jahresverlauf stark schwankende Defizit des Bundes belief sich im dritten Quartal auf gut 13 Mrd Euro beziehungsweise 26 Mrd DM. Es lag damit um 6 Mrd DM höher als im entsprechenden Vorjahrszeitraum.⁴⁾ Die Ausgaben erhöhten sich nach einem nur geringen Zuwachs im ersten Halbjahr sehr stark, nämlich um 13 %. Hierzu trug maßgeblich die Ausweitung der Zuweisungen an die gesetzliche Rentenversicherung (um gut ein Viertel) bei, die vor allem durch die dem Bund zufließenden Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Energiebesteuerung finanziert wird. Außerdem wurden größere Zahlungen an die Postunterstützungskassen geleistet. Die Einnahmen des Bundes wuchsen insbesondere infolge des ergiebigen Steueraufkommens mit 9 ½ % ebenfalls recht kräftig. Die Sondervermögen zusammengekommen verzeichneten im dritten Quartal ein Defizit in Höhe von 1 Mrd Euro beziehungsweise rund 2 Mrd DM, nach rund 1 Mrd DM vor Jahresfrist.

*Bund und
Sonder-
vermögen*

Das Defizit in den Länderhaushalten betrug im dritten Quartal rund 2 Mrd Euro beziehungsweise 4 Mrd DM und war damit um 1 ½ Mrd DM geringer als ein Jahr zuvor. Sowohl die alten Bundesländer mit einem Defizit von fast 2 Mrd Euro oder knapp 4 Mrd DM als auch die neuen Bundesländer mit einem annähernd ausgeglichenen Haushalt schlos-

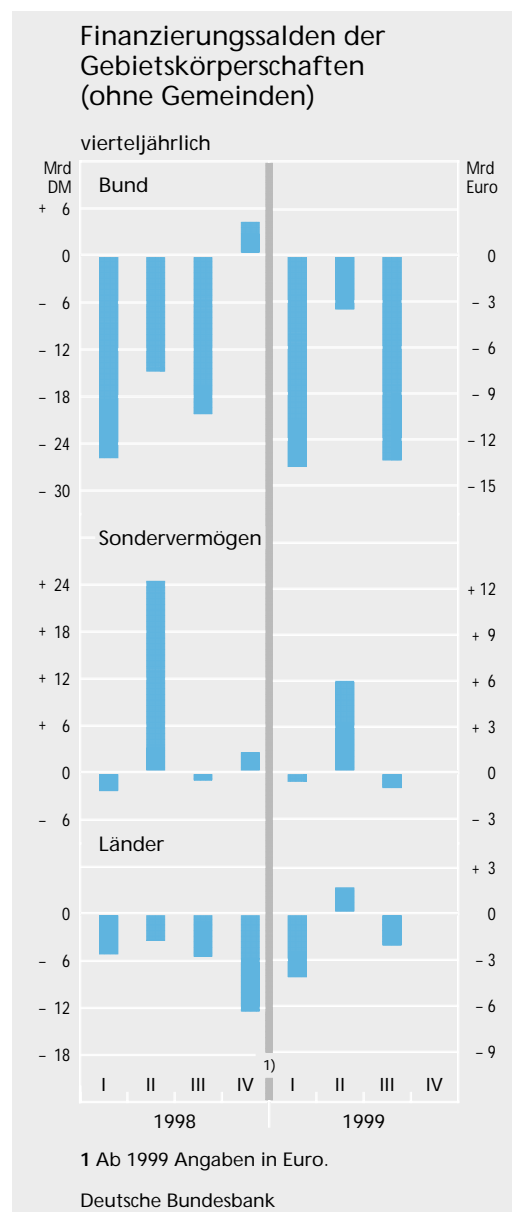
*Länder und
Gemeinden*

⁴ Die Zinsausgaben für die vom Bund mitübernommene Verschuldung der Sondervermögen wurden im laufenden Jahr dem jeweiligen Quartal ihrer Fälligkeit zugerechnet und die Zahlungen zwischen Bund und Sondervermögen entsprechend bereinigt.

sen etwas günstiger ab. Der Ausgabenanstieg konnte auf knapp 1% begrenzt werden, obwohl die in den Länderetats besonders stark ins Gewicht fallenden Personalausgaben vor allem infolge der Anhebung der Beamtenbezüge um mehr als 4% expandierten. Auf der Einnahmenseite haben sich zwar die Steuererträge stark erhöht (+ 6 1/2%), doch wuchsen die gesamten Einnahmen vermutlich wegen stark rückläufiger Vermögensveräußerungen lediglich um 2 1/2%. Auf der Gemeindeebene liegen derzeit noch keine Ergebnisse für das dritte Quartal vor. Im ersten Halbjahr war das Defizit vor allem wegen einer günstigen Entwicklung am Jahresbeginn um knapp 1/2 Mrd DM auf weniger als 1 Mrd DM gesunken. Im dritten Vierteljahr dürfte sich der Abschluß aber nicht weiter verbessert haben.

Verschuldung

Von Juli bis September weiteten die Gebietskörperschaften ihre Verschuldung um knapp 10 Mrd Euro aus, nachdem die Nettokreditaufnahme im ersten Halbjahr 15 1/2 Mrd Euro betragen hatte. Im Vordergrund standen dabei die langfristige Neuverschuldung über Anleihen (+ 16 Mrd Euro) sowie die Abgabe von Bundesobligationen (+ 3 1/2 Mrd Euro). Dagegen wurden insbesondere Schatzanweisungen und Schuldscheindarlehen in Höhe von (netto) knapp 3 Mrd Euro beziehungsweise 4 1/2 Mrd Euro getilgt. Der Geldmarkt wurde im dritten Quartal nur geringfügig in Anspruch genommen. Die Nettokreditaufnahme im dritten Vierteljahr entfiel nahezu allein auf den Bund, der sich netto 9 1/2 Mrd Euro beschaffte. Die Sondervermögen haben per saldo Schulden getilgt, während die Verschuldung der Länder und Gemeinden etwas gestiegen sein dürfte.



Gesamtjahr 1999

Im laufenden Jahr werden sich die Haushalte der Gebietskörperschaften voraussichtlich positiver entwickeln, als es den Haushaltsplanungen entspricht. Gleichwohl dürften die Defizite, die im vergangenen Jahr 57 Mrd DM betragen hatten, eher wieder zunehmen. Ausschlaggebend hierfür ist in erster Linie der

Gesamtentwicklung

Marktmäßige Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd Euro

Zeit	Ins- gesamt	Darunter:		Nach- richtlich: Erwerb staat- licher Schuld- titel durch das Ausland
		Wert- papiere	Schuld- schein- dar- lehen 1)	
1991 2)	+ 106,0	+ 71,3	+ 34,9	+ 50,9
1992	+ 102,6	+ 95,0	+ 8,1	+ 59,4
1993	+ 159,1	+ 120,3	+ 39,3	+ 109,1
1994 3)	+ 86,0	+ 45,6	+ 40,8	- 20,9
1995 4)	+ 97,7	+ 32,6	+ 81,4	+ 62,1
1996	+ 123,8	+ 65,2	+ 74,1	+ 57,3
1997	+ 95,5	+ 65,9	+ 39,9	+ 80,7
1998	+ 66,9	+ 53,6	+ 15,5	+ 69,6
darunter:				
1. Hj.	+ 34,5	+ 25,2	+ 9,3	+ 4,9
3. Vj.	+ 17,5	+ 9,7	+ 9,9	+ 45,1
1999				
1. Hj.	+ 15,6	+ 17,6	- 2,0	+ 2,7
3. Vj. ts)	+ 9,7	+ 15,3	- 4,4	...

1 Einschl. Kassenverstärkungs- bzw. Kassenkredite und Geldmarktkredite. — 2 Ab 1991 einschl. ostdeutscher Länder und Gemeinden. Ohne vom Bund übernommene Schulden der Bundesbahn. — 3 Ab 1994 einschl. Bundeseisenbahnvermögen. — 4 Ab 1995 einschl. Erb-
lastentilgungsfonds.

Deutsche Bundesbank

starke Rückgang der nicht-steuerlichen Einnahmen. Zum einen ist der ausgeschüttete Bundesbankgewinn erheblich niedriger ausgefallen als im Vorjahr. Zum anderen ist zu erwarten, daß auch das Volumen der Vermögensveräußerungen reduziert wird. Die Ausgaben werden vor allem angesichts der erhöhten Zuweisungen des Bundes an die Rentenversicherung und der erstmaligen Zahlungen an die Postunterstützungskassen, aber auch aufgrund der gegenüber 1998 erheblich umfangreicheren Anhebung der Bezüge im öffentlichen Dienst schneller wachsen als im Vorjahr, in dem der Anstieg knapp 2 % betragen hatte.

Die im Vergleich zu den Plänen insgesamt günstigere Haushaltsentwicklung der Gebietskörperschaften ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Steuereinnahmen stär-

ker als veranschlagt zunehmen. Nach der neuen offiziellen Schätzung wird sich das Steueraufkommen im Gesamtjahr 1999 um 6,1% erhöhen. Der Prognosewert vom Mai würde damit um fast 7 Mrd DM und die – den Haushaltsplänen weitgehend zugrunde liegende – Schätzung vom November 1998 sogar um gut 10 Mrd DM übertroffen. Dies ist um so beachtlicher, als die Erwartungen für das nominale Wirtschaftswachstum gegenüber dem Frühjahr weiter nach unten (auf 2 ½ %) revidiert worden sind. Die Mehreinnahmen sind hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sich die günstige Gewinnentwicklung der vergangenen Jahre noch in hohen Steuernachzahlungen niedergeschlagen hat und sich die – auch wegen der Sonderabschreibungen für Investitionen in Ostdeutschland entstandene – Erosion der Bemessungsgrundlage bei der Einkommensteuer deutlich zurückbildet. Vor allem infolge dieser Faktoren sowie der zusätzlichen Einnahmen aus der Erhöhung der Energiebesteuerung wird die Volkswirtschaftliche Steuerquote nach der neuen Steuerschätzung im laufenden Jahr um 0,8 Prozentpunkte auf 22,8% steigen. Dem steht allerdings teilweise eine Entlastung bei den Sozialabgaben gegenüber.

Unter den einzelnen Haushaltsebenen entwickelt sich der Bundeshaushalt 1999 insgesamt gesehen günstiger als nach den Planungen, die ein Defizit von 53 ½ Mrd DM nach einem Ist von 56 ½ Mrd DM im Vorjahr vorsehen. Neben den zu erwartenden Steuermeinnahmen dürften auf der Ausgabenseite nicht zuletzt die arbeitsmarktbedingten Ausgaben niedriger ausfallen als geplant. Ent-

Bund und ...

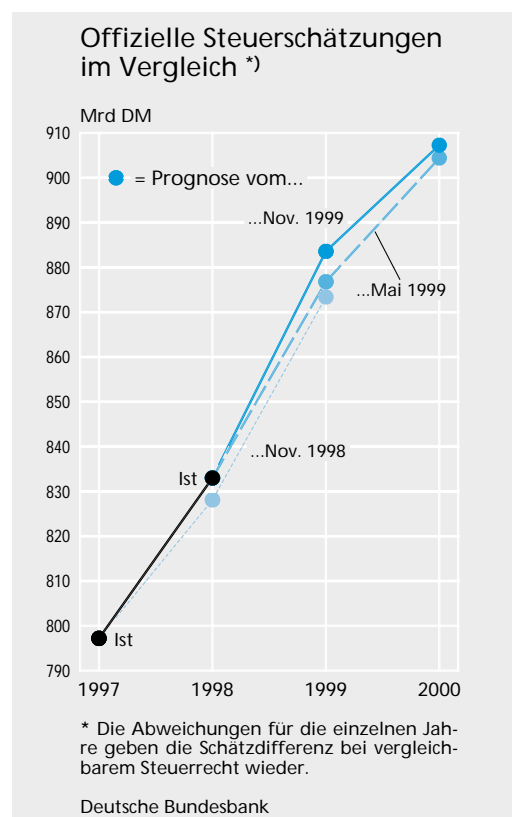
scheidend für den Haushaltsabschluß des Bundes wird letztlich sein, inwieweit die umfangreichen in die Planungen eingestellten Vermögensveräußerungen auch tatsächlich realisiert werden.⁵⁾ Die Verschiebung einzelner Vorhaben in kommende Haushaltsjahre wäre wohl zu verkraften, ohne daß die geplante Nettokreditaufnahme überschritten würde. Im Gegensatz zum Bund werden die Sondervermögen 1999 zusammengenommen deutlich ungünstiger abschließen als im Vorjahr, in dem ein Überschuß von 24 Mrd DM entstanden war. Entscheidend schlägt hier zu Buche, daß der dem Erblastentilgungsfonds zufließende Teil der Gewinnausschüttung der Bundesbank um rund 8 Mrd DM niedriger war als 1998.

... Sondervermögen

Länder...

Die Defizite in den Länderhaushalten werden aus heutiger Sicht erheblich geringer ausfallen als im Vorjahr. Die Haushaltsplanungen hatten dagegen noch einen leichten Anstieg vorgesehen. Die Einnahmenseite ist – wie auch im Vorjahr – durch hohe Privatisierungserlöse geprägt. Zudem sind – in noch stärkerem Maße als beim Bund – Steuermehreinnahmen zu erwarten. Belastend wirkt sich allerdings die wieder kräftigere Zunahme der Personalausgaben infolge des relativ hohen Tarifabschlusses vom Frühjahr 1999 aus. Insgesamt dürfte der Ausgabenanstieg aber moderat bleiben und die vom Finanzplanungsrat postulierte Obergrenze von 2 % nicht überschreiten. Die Gemeinden werden voraussichtlich nicht mehr einen so hohen Überschuß wie im Vorjahr erzielen. Neben einer deutlichen Abschwächung des Anstiegs bei den Steuereinnahmen dürften sich hier die im

... und
Gemeinden



vergangenen Jahr außergewöhnlich hohen Privatisierungserlöse zurückbilden.

Perspektiven

Die Defizite in den Haushalten der Gebietskörperschaften werden zusammengenommen auch im kommenden Jahr voraussichtlich nicht sinken, sondern eher zunehmen. Zwar sollte es aus heutiger Sicht gelingen, den Ausgabenanstieg deutlich unter der vom Finanzplanungsrat angestrebten Obergrenze von 2 % zu halten, vorausgesetzt das Sparprogramm der Regierung wird umgesetzt. Insbesondere die Personalausgaben, aber

*Kein Defizit-
rückgang zu
erwarten*

⁵ Dies betrifft auch den beim Bundeseisenbahnvermögen eingeplanten Verkauf der „Bahnwohnungen“. Sollte dieser im laufenden Jahr nicht mehr vorgenommen werden, so erhöht sich entsprechend der Zuschußbedarf dieses Sondervermögens.

auch die Sozialausgaben dürften dann weniger stark steigen als im laufenden Jahr. Allerdings könnten sich die Einnahmen noch schwächer entwickeln als die Ausgaben. Dies ist zum einen auf erheblich sinkende nicht-steuerliche Einnahmen zurückzuführen. Neben rückläufigen Privatisierungserlösen und Sachvermögensveräußerungen wird sich hier auch niederschlagen, daß die Gewinnausschüttung der Bundesbank nicht mehr durch außergewöhnliche Sondereinflüsse geprägt sein wird. Zum anderen dürfte sich das Wachstum der Steuereinnahmen stark abschwächen.

*Entwicklung
des Steuer-
aufkommens*

Insgesamt rechnet der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ für das Jahr 2000 auf der Basis des geltenden Steuerrechts (d.h. ohne die noch nicht gesetzlich verabschiedeten Maßnahmen) nur mit einem Aufkommensanstieg um $2\frac{3}{4}\%$ und Mehreinnahmen von 3 Mrd DM gegenüber der Prognose vom Mai. Dabei liegt die Annahme zugrunde, daß das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2000 nominal um $3\frac{1}{2}\%$ und real um $2\frac{1}{2}\%$ zunehmen wird. Das Wirtschaftswachstum wäre damit etwa ebenso hoch wie nach den Annahmen vom Frühjahr. Doch wird das Wachstum der Steuererträge dadurch geschwächt, daß im Vergleich zu 1999 bei den Veranlagungssteuern mit niedrigeren Nachzahlungen für frühere Jahre zu rechnen ist, da hier das Bild zunehmend von der weniger günstigen Gewinnentwicklung des laufenden Jahres geprägt wird. Die im kommenden Jahr vorgesehenen Steuererhöhungen und -entlastungen halten sich in etwa die Waage. Die zweite Stufe der „ökologischen Steuerreform“ hat eine weitere Vergrößerung des Aufkommens

aus der Energiebesteuerung zur Folge. Dämpfend wirkt sich dagegen neben den zusätzlichen Erleichterungen für Familien die zweite Stufe des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 aus, die weitere Steuersatzsenkungen und eine nochmalige Erhöhung des Grundfreibetrages bei der Einkommensteuer mit sich bringt.

Auf den einzelnen Haushaltsebenen dürfte sich die Entwicklung im kommenden Jahr unterschiedlich darstellen. So ist zu erwarten, daß der Bund vor allem aufgrund der Maßnahmen des Sparpakets sowie einer günstigeren Arbeitsmarktentwicklung mit niedrigeren Defiziten abschließen wird. Dagegen werden die Sondervermögen wohl erneut rückläufige Überschüsse ausweisen, was insbesondere im voraussichtlich niedrigeren Bundesbankgewinn begründet liegt. Auch bei den Ländern dürfte die Entwicklung ungünstiger verlaufen als 1999. Zwar würde hier die im Rahmen des Sparpakets vorgesehene Koppelung der Beamtenbezüge und Pensionen an die Preisentwicklung den Ausgabenanstieg begrenzen. Jedoch dürften sich die Steuereinnahmen der Länder nur mäßig erhöhen und die Zuweisungen des Bundes zurückgehen. Die Gemeinden werden vermutlich wegen eines schwachen Einnahmestiegs, aber auch aufgrund eines stärkeren Ausgabenwachstums keine Überschüsse mehr erzielen.

*Entwicklung
nach Ebenen*

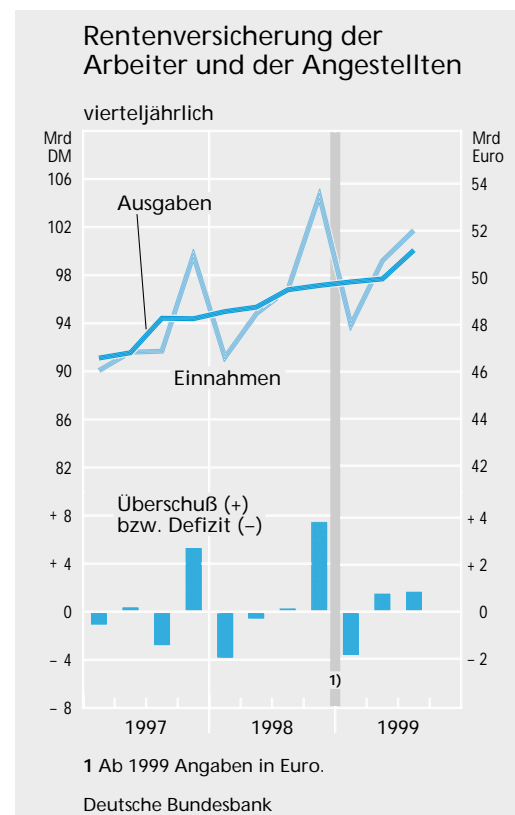
Sozialversicherungen

Die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten verzeichnete im dritten Vierteljahr 1999 einen Überschuß in Höhe von fast

*Gesetzliche
Renten-
versicherung*

1 Mrd Euro oder 1 ¾ Mrd DM, während sie im entsprechenden Vorjahrsquartal in etwa ausgeglichen abgeschlossen hatte. Ausschlaggebend für die günstigere Finanzlage waren die höheren Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt, insbesondere die aus der zusätzlichen Energiebesteuerung finanzierten neuen Zahlungen, die seit Juni in gleichen Monatsraten an die Rentenversicherungsträger überwiesen werden. Damit wurde der schwache Zuwachs bei den Pflichtbeiträgen, die aufgrund der Senkung des Beitragssatzes von 20,3 % auf 19,5 % zum 1. April dieses Jahres nur um 0,3 % über ihrem Vorjahrsniveau lagen, mehr als ausgeglichen. Bereinigt um die Beitragssatzsenkung stiegen diese Einnahmen freilich kräftig um 4,4 %, was neben den Tarifierpassungen vom Frühjahr vor allem auf die Mehreinnahmen aufgrund der neu eingeführten Versicherungspflicht für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen ist. Insgesamt erhöhten sich die Einnahmen um 5,1 %. Die Ausgaben wuchsen mit 3,4 % ebenfalls recht stark. Hier schlug sich neben den Rentenanpassungen zum 1. Juli 1999 in Höhe von 1,34 % in West- und 2,79 % in Ostdeutschland vor allem nieder, daß die Anzahl der Renten weiter zugenommen hat.

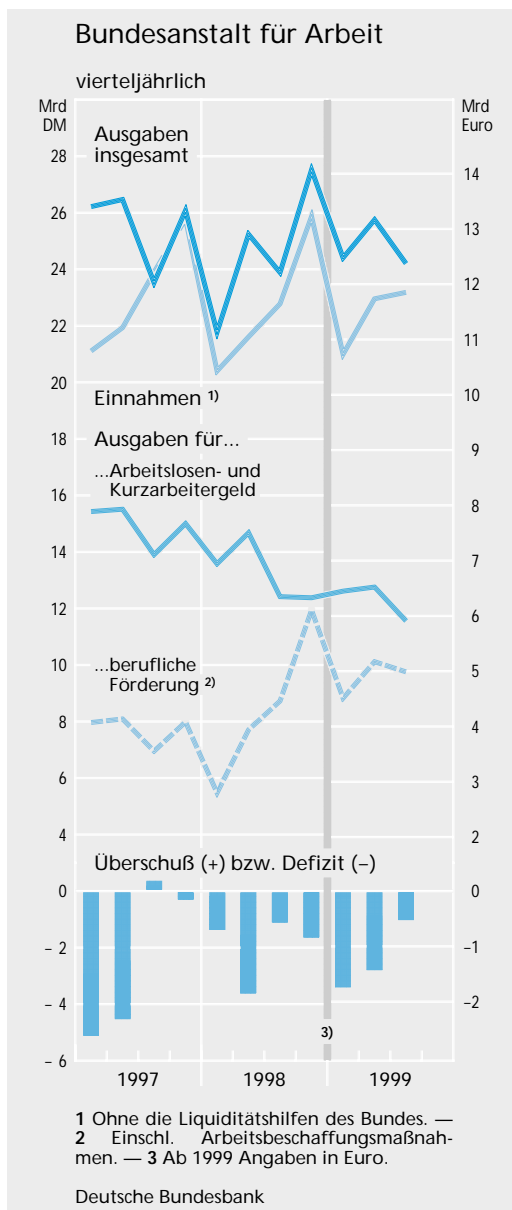
In den ersten neun Monaten zusammengekommen verzeichnete die Rentenversicherung zwar noch ein Defizit von fast ½ Mrd DM (gegenüber knapp 4 ½ Mrd DM ein Jahr zuvor), doch ist im vierten Quartal – vor allem bedingt durch Beitragseinnahmen aufgrund der jahreszeitüblichen Sonderzahlungen – mit einem relativ hohen Überschuß zu rechnen. Insgesamt könnte es gelingen, die Schwan-



kungsreserve erstmals seit 1994 wieder auf ihren gesetzlich vorgegebenen Mindestumfang von einer durchschnittlichen Monatsausgabe anzuheben. Der Beitragssatz kann im kommenden Jahr unter diesen Umständen schon allein deswegen niedriger festgesetzt werden, weil die Rücklage dann nicht weiter aufgefüllt werden muß. Ein weiterer beitragsatzsenkender Effekt ergibt sich aus der im Haushaltssanierungsgesetz vorgesehenen Begrenzung der Rentenanpassung auf den Inflationsausgleich.

Bei der Bundesanstalt für Arbeit entstand im dritten Vierteljahr 1999 ein Defizit von ½ Mrd Euro oder 1 Mrd DM, was etwa dem Ergebnis im gleichen Vorjahrsquartal entsprach. Insgesamt haben die Einnahmen um 1,8 % zugenommen, wobei der Anstieg der

*Bundesanstalt
für Arbeit*



Beitragseinnahmen mit 2,3 % etwas höher ausfiel. Die Ausgaben wuchsen mit 1,3 % recht schwach. Entscheidend hierfür war, daß die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld um 7,0 % unter ihrem Vorjahrsniveau lagen, nachdem sie im ersten Halbjahr sogar um 10,1% gesunken waren. In dieser nicht mehr so starken Abnahme spiegelt sich wider, daß der Rückgang der Arbeitslosenzahlen gegenüber dem Vorjahr seit Anfang 1999 immer

schwächer ausgefallen ist. Dagegen sind im dritten Quartal die im Verlauf des letzten Jahres drastisch ausgeweiteten Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik noch einmal um 11,7 % gestiegen. Im ersten und zweiten Quartal war dieser Zuwachs mit 60 % beziehungsweise 31% freilich noch wesentlich stärker ausgeprägt gewesen.

In den ersten drei Quartalen zusammengekommen ergab sich bei der Bundesanstalt für Arbeit ein Defizit in Höhe von gut 3 ½ Mrd Euro beziehungsweise gut 7 Mrd DM im Vergleich zu 6,1 Mrd DM ein Jahr zuvor. Die finanzielle Verschlechterung ist freilich auf eine Besonderheit zurückzuführen. Im Januar 1998 waren die Ausgaben wegen einer Umstellung im Auszahlungsrhythmus für Lohnersatzleistungen außergewöhnlich niedrig ausgefallen, während sie im Januar dieses Jahres wieder ihr normales Niveau erreichten. Im Gesamtjahr 1999 könnte das Defizit vor allem deshalb geringer ausfallen als 1998 (7,8 Mrd DM), weil die Aufwendungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik im vierten Quartal deutlich unter ihr besonders hohes Vorjahrsniveau sinken dürften. Damit wird voraussichtlich auch der Zuschußbedarf erheblich niedriger ausfallen, als im Bundeshaushalt 1999 mit 11 Mrd DM vorgesehen ist.

Für die gesetzliche Krankenversicherung liegen derzeit nur Angaben zur Finanzentwicklung bis zur Jahresmitte vor. Danach deutet sich nach dem ungünstigen Ergebnis des ersten Quartals eine leichte Entspannung an. Immerhin wuchsen im zweiten Vierteljahr die Einnahmen mit 2,8 % – auch aufgrund zusätzlicher Beitragseinnahmen für geringfü-

*Gesetzliche
Kranken-
versicherung*

gige Beschäftigungen – wieder stärker als die Ausgaben (+ 2,2 %). Das Defizit betrug von April bis Juni ½ Mrd Euro beziehungsweise rund 1 Mrd DM und lag damit etwas unter dem Vorjahrsniveau. Im gesamten ersten Halbjahr war es mit gut 1 ½ Mrd Euro beziehungsweise fast 3 ½ Mrd DM allerdings noch deutlich höher als ein Jahr zuvor (knapp 2 Mrd DM).

Perspektiven der öffentlichen Haushalte insgesamt

Defizitquote im laufenden Jahr voraussichtlich rückläufig

Im vergangenen Jahr belief sich die staatliche Defizitquote (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen zusammengenommen) gemäß der derzeit noch zugrunde liegenden Berechnungsmethode im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit⁶⁾ auf 2 %. Vorläufige Berechnungen des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der ab dem kommenden Jahr geltenden statistischen Methode ergaben einen etwas niedrigeren Wert (1,7 %). Im laufenden Jahr dürfte sich die Defizitquote des Staates im Gegensatz zur Entwicklung in der finanzstatistischen Abgrenzung weiter – wenn auch moderat – zurückbilden. Ausschlaggebend ist dabei zum einen die günstige Entwicklung des Steueraufkommens, die den im Vergleich zum Vorjahr kräftigeren Ausgabenanstieg mehr als ausgleicht. Zum anderen wird die gesetzliche Rentenversicherung – wie bereits erwähnt – im laufenden Jahr relativ hohe Überschüsse zur Auffüllung der Schwankungsreserve aufweisen. Die staatliche Ausgabenquote, die 1998 (gemäß ESVG 1995) 48,8 % betrug, wird angesichts des niedrigen

nominalen Wirtschaftswachstums wieder steigen. Bei der Abgabenquote (1998: 42,9 %) ist ebenfalls mit einer Zunahme zu rechnen. Auch die Schuldenquote, die sich 1998 in der Maastricht-Abgrenzung auf 61,1% belief, könnte im laufenden Jahr etwas höher ausfallen.

Für das kommende Jahr ist trotz einer sich voraussichtlich verbessernden konjunkturellen Lage und des geplanten Sparpakets keine wesentliche Absenkung der staatlichen Defizitquote zu erwarten. So dürften – wie oben beschrieben – die Steuereinnahmen erheblich moderater wachsen als im laufenden Jahr. Die nicht-steuerlichen Einnahmen werden voraussichtlich sogar niedriger ausfallen als 1999.⁷⁾ Auch wird sich der Überschuß der Rentenversicherung wieder deutlich zurückbilden, da im kommenden Jahr die Notwendigkeit zur Auffüllung der Schwankungsreserve entfallen dürfte.

Auch wenn das Sparpaket der Regierung im angekündigten Volumen umgesetzt wird, müssen die öffentlichen Haushalte danach auf Konsolidierungskurs bleiben. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt sieht vor, daß die öffentlichen Haushalte mittelfristig annähernd ausgeglichen oder mit einem Überschuß abschließen sollen. Die Erfüllung dieses Budgetziels würde die Schuldenquote

Für 2000 keine wesentliche Verbesserung zu erwarten

Fortsetzung der Konsolidierungsbemühungen notwendig ...

⁶ Bis zur turnusmäßigen September-Meldung 1999 basierten die zu meldenden Daten auf dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1979. Ab dem Jahr 2000 wird das ESVG 1995 zugrunde gelegt.

⁷ Zwar werden in der Abgrenzung der VGR im Gegensatz zur Finanzstatistik finanzielle Transaktionen (u. a. die Privatisierungserlöse) nicht defizitwirksam erfaßt, gleichwohl haben beispielsweise die Veräußerungen von Sachvermögen Einfluß auf den Finanzierungssaldo.

senken und damit dazu beitragen, die aus dem derzeitigen Abgaben- und Leistungsrecht und der künftigen demographischen Entwicklung resultierende Umverteilung zu Lasten der jungen und künftigen Generationen abzumildern.

... auch um Spielraum für Abgabensenkung zu schaffen.

Der Abbau der staatlichen Defizite ist nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit den gegenwärtig diskutierten strukturellen Reformen im finanzpolitischen Bereich zu sehen. Die hohen tariflichen Steuersätze und Sozial-

versicherungsbeiträge stellen einen Belastungsfaktor für die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland dar. Bei der notwendigen Veränderung des staatlichen Abgabensystems sollte nicht die Finanzierung über den scheinbar „bequemen“ Weg einer Erhöhung der staatlichen Defizite im Vordergrund stehen. Vielmehr sollten die staatlichen Ausgaben begrenzt und die steuerliche Bemessungsgrundlage verbreitert werden, um finanziellen Spielraum für niedrigere Steuersätze zu schaffen.